

STADT HERRIEDEN



REGION HESSELBERG



NIEDERSCHRIFT

über die 32. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, 3. Februar 2016

BEGINN: 19:00 Uhr

ENDE: 21:10 Uhr

Sitzungsunterbrechung von 19.58 Uhr bis 20:10 Uhr

Sitzungsort: Kath. Pfarrheim Herrieden, Marktplatz 2, 91567 Herrieden

ANWESEND

Mitglieder

Name	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit
Alfons Brandl	Erster Bürgermeister	
Manfred Niederauer	Zweiter Bürgermeister	
Robert Goth	Dritter Bürgermeister	
Curt Bauer	Stadtrat	
Stefan Beckenbauer	Stadtrat	
Ludwig Bengel	Stadtrat	
Robert Buckel	Stadtrat	
Dieter Bunsen	Stadtrat	
Michael Gögelein	Stadtrat	
Johann Heller	Stadtrat	
Max Heller	Stadtrat	
Stefan Horndasch	Stadtrat	
Armin Jechnerer	Stadtrat	
Jürgen Leis	Stadtrat	
Claudia Lorentzen	Stadträtin	
Arnold Pelka	Stadtrat	
Aurelia Pelka	Stadträtin	
Klaus Rupprecht	Stadtrat	
Wolfgang Strauß	Stadtrat	
Michael Weis	Stadtrat	
Johann Christ	Ortssprecher	
Siegfried Heller	Ortssprecher	
Georg Schimmel	Ortssprecher	
Walter Weckerlein	Ortssprecher	

von der Verwaltung

Marco Jechnerer
Anja Schwander

Gäste

Sebastian Klebe
Thomas Merkel
Kristina Vogelsang

Entschuldigt sind

Klaus Lohbauer
Johanna Serban

Stadtrat
Ortssprecherin

Schriftführerin

Renate Nepovedomy

TAGESORDNUNG**Öffentliche Sitzung**

1. Begrüßung
2. Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 13.01.2016
3. Bekanntgaben
 - 3.1 Gedenken an Herrn Josef Leichs
 - 3.2 Verleihung der Urkunde für "Nationale Projekte des Städtebaus"
 - 3.3 Sanierung Stützmauer an der Altmühl - Schlussrechnung
 - 3.4 Gundekar Journal
 - 3.5 Dokumentation "Zur Geschichte der Kirchenmusik in der Pfarrei St. Vitus und St. Deocar Herrieden"
 - 3.6 Stadt- und Pfarrbücherei Herrieden
4. Bauantrag - Außerbetriebsetzung der Sprinkleranlage
5. Verlosung Kirchweih 2016
6. Einbeziehungssatzung mit integrierter Grünordnung "Stegbruck", Stadt Herrieden
7. Aufstellung des Bebauungsplanes mit integriertem Grünordnungsplan Nr. 15.3 "Schrotfeld"
8. Sanierung Torwärterhaus Neunstetterstraße 1 - Ausschreibung der Außenfassade
9. Entscheidung über den Antrag der Freien Wähler auf Verwendung des Stadtwappens für künftige Flyer
10. Anfragen
 - 10.1 Anfrage von Robert Buckel - Fahrt nach Neudrossenfeld am 05.02.2016
 - 10.2 Anfragen von Stefan Beckenbauer - Fußweg hinter Stadtschloss und Geschwindigkeitsmessung im Hirtenweg in Rauenzell
 - 10.3 Anfrage von Curt Bauer - Sicherheit am Weihnachtsmarkt
 - 10.4 Anfrage von Max Heller - Hochschule Ansbach
 - 10.5 Anfrage von Aurelia Pelka - Protokolle des BUL-Ausschusses
 - 10.6 Anfrage von Johann Heller - Zone 30 in der Schlesierstraße
11. Bürgeranfragen

Öffentliche Sitzung vom 03.02.2016

1. Begrüßung

Sachverhalt:

Erster Bürgermeister Alfons Brandl begrüßt die Mitglieder des Stadtrates, Herrn Sennfelder von der Fränkischen Landeszeitung, Herrn Merkel, Landratsamt Ansbach, Frau Vogelsang und Herrn Klebe, Planungsbüro Vogelsang Nürnberg, sowie 13 Zuhörer. Er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Stadtrat beschlussfähig ist. Bürgermeister Brandl schlägt vor, den TOP 5 „Erstellung eines Feuerwehrbedarfsplans für die Stadt Herrieden inkl. Ortsteile“ von der Tagesordnung zu nehmen. Das Gremium ist damit einverstanden.

2. Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 13.01.2016

Sachverhalt:

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 13.01.2016 wurde ordnungsgemäß zugesandt. Nachdem keine Einwendungen erhoben wurden, ist das Protokoll genehmigt.

3. Bekanntgaben

3.1 Gedenken an Herrn Josef Leichs

Sachverhalt:

Die Stadt Herrieden trauert um einen verdienten Bürger, Herrn Josef Leichs.

Er verstarb am 16. Januar 2016 im 89. Lebensjahr.

Er war von 1966 – 1971 bis zur Gebietsreform Gemeinderat der Altgemeinde Roth.

Er hat mitgewirkt an der Vereinbarung zur Eingliederung der Altgemeinde Roth nach Herrieden.

Ebenso war Herr Leichs ab Mai 1966 – 1972 stellvertretender Bürgermeister.

Wir trauern um einen hochgeschätzten und verdienten Mitbürger und nehmen mit tiefem Dank Abschied. Unser tiefes Mitgefühl gilt seinen Angehörigen.

Ich darf Sie bitten, sich zum Gedenken an Josef Leichs zu einer Gedenkminute zu erheben.

3.2 Verleihung der Urkunde für "Nationale Projekte des Städtebaus"

Sachverhalt:

Die Stadt Herrieden, vertreten durch Herrn Bürgermeister Brandl, erhält vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit in Berlin von der Bundesministerin Frau Dr. Barbara Hendricks MdB, eine Urkunde überreicht. Die Stadt Herrieden erhält die Urkunde für das Premiumprojekt „Denkmalgerechte Sanierung des Stadtschlusses mit einem stadtgeschichtlichen Museum“. Die Urkunde wird in Umlauf gegeben.

3.3 Sanierung Stützmauer an der Altmühl - Schlussrechnung

Sachverhalt:

Für Tiefbauarbeiten und Mauersanierung wurde durch das Architekturbüro Jechnerer die Schlussrechnung der Firma Preuße & Rätsch vorgelegt. Die gesamte Baumaßnahme wurde mit 272.040,74 € brutto abgerechnet. Die Auftragssumme nach der Ausschreibung lag bei 260.692,09 € brutto.

Die entstandenen Mehrkosten in Höhe von 11.348,65 € brutto sind durch folgende zusätzlichen Leistungen zu begründen:

- Lieferung von größeren Quadersteinen
- Lieferung von zusätzlichen Geländerpfosten (Natursteinmaterial)
- Ausbruch der Bastei - dadurch zusätzliche Rückbau- und Wiederaufbauarbeiten
- Höhere Schadstoffbelastung des Aushubmaterials und die dadurch aufwendigere Entsorgung.

3.4 Gundekar Journal

Sachverhalt:

Das Magazin der St. Gundekar-Werk Eichstätt Wohnungs-und Städtebaugesellschaft mbH wird in Umlauf gegeben.

3.5 Dokumentation "Zur Geschichte der Kirchenmusik in der Pfarrei St. Vitus und St. Deocar Herrieden"

Sachverhalt:

Herr Eder überreicht dem Stadtarchiv der Stadt Herrieden eine von ihm gefertigte Dokumentation der Kirchenmusik in der Pfarrei St. Vitus und St. Deocar. Diese wird in Umlauf gegeben.

3.6 Stadt- und Pfarrbücherei Herrieden

Sachverhalt:

Der Jahresbericht 2015 der Stadt- und Pfarrbücherei Herrieden liegt vor. Ebenso das Programm des Lese- und Literaturkreises für Frühjahr und Sommer 2016. Beides gibt Bürgermeister Brandl in Umlauf.

4. Bauantrag - Außerbetriebsetzung der Sprinkleranlage

Sachverhalt:

Bauantrag für die Außerbetriebsetzung der Sprinkleranlage der Firma Nägelein Objektverwaltung GmbH + Co. KG auf Flst. 659/5, Gemarkung Herrieden, Steinweg 3 – 5.

Der BUL-Ausschuss fasste in seiner Sitzung am 19.01.2016 folgenden Beschluss:

„Der BUL-Ausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Zustimmung zum Bauantrag zu erteilen.“

Beschluss

Der Stadtrat schließt sich der Empfehlung des BUL-Ausschusses an.

Abstimmungsergebnis: 20 : 0

5. Verlosung Kirchweih 2016

Sachverhalt:

Die Kirchweihverlosung zugunsten verschiedener Organisationen und Einrichtungen muss neu beschlossen werden. Die Verlosung ging bisher an die auf der beigefügten Liste ersichtlich genannten Organisationen und Einrichtungen. Stadtratsmitglied Weis hat den Vorschlag gemacht, die Kirchweihverlosung 2016 zugunsten der Kindertagesstätte St. Salvator, Rauenzell, auszurichten.

Beschluss

Der Stadtrat beschließt die Kirchweihverlosung 2016 zugunsten der Kindertagesstätte St. Salvator, Rauenzell, auszurichten.

Abstimmungsergebnis: 20 : 0

6. Einbeziehungssatzung mit integrierter Grünordnung "Stegbruck", Stadt Herrieden

Sachverhalt:

Aufstellung einer Einbeziehungssatzung mit integrierter Grünordnung „Stegbruck“

- a) Beratung/Abwägung über die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Es wurden 10 Behörden/TÖB mit Brief vom 18.11.2015 angeschrieben und gebeten, sich schriftlich zur Planung zu äußern. Von den angeschriebenen Dienststellen haben 7 Anregungen und Hinweise zur Planung mitgeteilt. Die Stellungnahmen und Abwägungen können aus der Anlage entnommen werden.

- b) Beratung/Abwägung über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Während der öffentlichen Auslegung in der Zeit vom 20.11.2015 – 21.12.2015 gingen keine Stellungnahmen ein.

Beschluss

- a) Der Stadtrat stimmt den formulierten Beschlussvorschlägen der Beratung/Abwägung über die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (lt. Anlage) zu.
- b) Satzungsbeschluss:
Der Stadtrat beschließt, die Einbeziehungssatzung mit integrierter Grünordnung „Stegbruck“ in der Fassung vom 03.02.2016 gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.

- c) Weiteres Verfahren:
Das Planungsbüro Vogelsang wird beauftragt, die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange vom Ergebnis der Abwägung zu unterrichten.
Die Verwaltung wird beauftragt, die Einbeziehungssatzung mit integrierter Grünordnung „Stegbruck“ im Amtsblatt ortsüblich bekannt zu machen und dem Landratsamt Ansbach gemäß § 10 Abs. 3 BauGB anzuzeigen.

Abstimmungsergebnis: 20 : 0

7. Aufstellung des Bebauungsplanes mit integriertem Grünordnungsplan Nr. 15.3 „Schrotfeld“

Sachverhalt:

Das Plangebiet umfasst das Grundstück mit den Flst. Nrn. 666 (Teilfläche), 680 (Teilfläche), 681, Gemarkung Herrieden. Es liegt unmittelbar angrenzend östlich des bereits bestehenden Bebauungsplanes Nr. 15.2 „Schrotfeld“.

Ziel dieser Bebauungsplanaufstellung ist die Schaffung von Wohnraum, für welchen aufgrund der stabilen positiven Bevölkerungsentwicklung erheblicher Bedarf im Stadtgebiet besteht. Darüber hinaus soll in diesem Zuge der Siedlungsrand in die freie Landschaft städtebaulich abgerundet werden. Der Überschwemmungsbereich (HQ100-Linie) des Klingengrabens soll nachhaltig planungsrechtlich als großzügige öffentliche Grünfläche und Ausgleichsfläche gesichert und als grünordnerischer Siedlungsrand entsprechend den Zielaussagen des wirksamen Flächennutzungs- und Landschaftsplans ausgebildet werden.

Beschluss

- a) Aufgrund des § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch – BauGB – beschließt der Stadtrat die Aufstellung des Bebauungsplanes gemäß § 30 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB).
- b) Der Geltungsbereich umfasst das Grundstück mit den Flst. Nrn. 666 (Teilfläche), 680 (Teilfläche), 681, Gemarkung Herrieden.
- c) Das Plangebiet befindet sich östlich des bereits bestehenden Bebauungsplanes Nr. 15.2 „Schrotfeld“.
- d) Der Stadtrat billigt den vorliegenden Vorentwurf des Bebauungsplans Nr. 15.3 „Schrotfeld“ mit integriertem Grünordnungsplan in der Fassung vom 03.02.2016.
- e) Der Stadtrat beschließt auf Grundlage des gebilligten Vorentwurfs die Beteiligung der Öffentlichkeit / öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.
- f) Die Verwaltung wird beauftragt, den Aufstellungsbeschluss sowie die öffentliche Auslegung ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0

Abstimmungsbemerkung: Frau Pelka war bei der Abstimmung nicht im Saal.

8. Sanierung Torwärterhaus Neunstetterstraße 1 - Ausschreibung der Außenfassade

Sachverhalt:

In der Sitzung des BUL- Ausschusses vom 22.10.2013 wurde die Sanierungsplanung mit Kostenberechnung zur Sanierung des Anwesens Neunstetterstraße 1 „Torwärterhaus“ vorgestellt und der Maßnahme zugestimmt. Die Verwaltung wurde beauftragt, Fördermittel durch die Städtebauförderung und bei dem Landesamt für Denkmalpflege zu beantragen. Mit Bewilligungsbescheid der Regierung von Mittelfranken vom 09.10.2014 wurde dem Gesamtumfang der Maßnahme zugestimmt. Damit mit der Baumaßnahme noch im Frühjahr 2016 begonnen werden kann, wird von der Verwaltung vorgeschlagen, für den ersten Bauabschnitt „Außenfassade“ die Ausschreibung vorzubereiten und durchzuführen.

Rechtliche Würdigung:

Städtebauförderung durch die Regierung von Mittelfranken
Der Bewilligungszeitraum endet am 31.12.2017.

Finanzielle Auswirkungen:

Gesamtkosten	179.800,00 € brutto
Zuwendungsfähig	179.800,00 € brutto
Gesamthöhe der Zuwendungen	107.800,00 € brutto

HHSt. 8800.9521 ca. 80.000,00 € brutto für das Jahr 2016 (Außenfassade zzgl. Erschließung)
HHSt. 8800.9521 ca. 99.800,00 € brutto für das Jahr 2017 (Innenbereich)

Beschluss

Der Sanierung des ersten Bauabschnittes „Außenfassade“ für das Anwesen Neunstetterstraße 1 „Torwärterhaus“ wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, das Leistungsverzeichnis für die verschiedenen Gewerke zu erstellen und die Ausschreibungen durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: 20 : 0

9. Entscheidung über den Antrag der Freien Wähler auf Verwendung des Stadtwappens für künftige Flyer

Sachverhalt:

Mit E-Mail vom 27.12.2015 hat Helmut Rauch für die Gruppierung „Freie Wähler Herrieden“ beantragt, für zukünftige Flyer der Freien Wähler das Stadtwappen (Hase mit Bischofsstab) nutzen zu dürfen.

Der Antrag wird vollständig zitiert:

„Hallo Herr Brandl,

ich möchte für die Gruppierung Freie Wähler Herrieden beantragen, dass ich für unsere zukünftigen Flyer (Freie Wähler) das Stadtwappen (Hase mit Bischofsstab) nutzen darf (so wie der CSU Ortsverband auf den aktuellen Flyer 2015/01).

Bitte geben Sie mir eine schriftliche Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

Helmut Rauch“

In der Sitzung der ISEK AG wird derzeit das Corporate Design entwickelt. Dabei war sich die Arbeitsgruppe bereits zu Beginn darüber einig, dass künftig das Stadtwappen nur noch für hoheitliche Angelegenheiten und wichtige Korrespondenz des Bürgermeisters verwendet wird.

Unter „Rechtliche Würdigung“ ist die Gesetzeslage beschrieben. Folgende Pflicht kann nicht garantiert werden:

„Sie müssen dabei sicherstellen, dass die Parteien oder die Wählergruppen durch die Art der Verwendung des Wappens nicht den Eindruck erwecken, funktionell oder institutionell mit Trägern hoheitlicher Gewalt verbunden zu sein.“ Um diese Pflicht vollständig umsetzen zu können, müsste jede Schrift, jeder Flyer und jeder Artikel, in dem das Wappen verwendet werden soll, von der Verwaltung freigegeben werden. Denn wenn die Schriften, Flyer etc. erst einmal im Umlauf sind, lässt sich der vermittelte Eindruck nicht mehr umkehren.

Aus diesen beiden Gründen schlägt die Verwaltung vor, die Verwendung des Wappens abzulehnen. Ebenso verhält es sich mit der Verwendung des Stadtwappens durch Privatleute.

Rechtliche Würdigung:

Nach Art. 4 Abs. 3 Gemeindeordnung (GO) dürfen die Wappen sowie Fahnen der Städte/Gemeinden von Dritten nur mit deren Genehmigung verwendet werden. Die Genehmigung zum Führen von kommunalen Wappen und Fahnen durch Dritte soll nur erteilt werden, wenn nicht zu befürchten ist, dass damit einem Verstoß gegen das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) Vorschub geleistet werden könnte. Die Städte/Gemeinden können unter Beachtung des Gleichheitssatzes die Verwendung ihres Wappens durch politische Parteien oder Wählergruppen genehmigen: Sie müssen dabei sicherstellen, dass die Parteien oder die Wählergruppen durch die Art der Verwendung des Wappens nicht den Eindruck erwecken, funktionell oder institutionell mit Trägern hoheitlicher Gewalt verbunden zu sein. Die Genehmigung liegt im pflichtgemäßem Ermessen der Stadt (Art. 7 Abs. 2 GO). Die Genehmigung und ihre Ablehnung sind Verwaltungsakte. Nebenbestimmungen (Bedingungen, Auflagen etc.) sind möglich. Bei der Genehmigung hat die Stadt den Gleichbehandlungsgrundsatz und die gemeindliche Neutralitätspflicht zu beachten.

Beschluss

Der Stadtrat beschließt, den Antrag des Herrn Helmut Rauch für die Gruppierung der Freien Wähler abzulehnen. Die Verwaltung wird beauftragt, den entsprechenden ablehnenden Verwaltungsakt zu erlassen.

Darüber hinaus beschließt der Stadtrat, die Verwendung des Stadtwappens zu untersagen. Dies gilt gleichermaßen für alle politischen Gruppierungen und auch für Privatpersonen. Einzig auf Werbeplakaten für einzelne Veranstaltungen von Vereinen oder auf Werbungen für Veranstaltungen von Geschäftsleuten aus Herrieden darf das Wappen auf deren Antrag verwendet werden, wenn die Stadt Herrieden Partner oder Unterstützer der Veranstaltung ist oder der Bürgermeister als Schirmherr fungiert. Der Bürgermeister wird ermächtigt, diese Zustimmung zu erteilen, wenn die Voraussetzungen entsprechend vorliegen.

Abstimmungsergebnis:

20 : 0

10. Anfragen

10.1 Anfrage von Robert Buckel - Fahrt nach Neudrossenfeld am 05.02.2016

Sachverhalt:

Herr Buckel teilt mit, dass er an der Fahrt nach Neudrossenfeld nicht teilnehmen kann und somit als Fahrer ausscheidet. Bürgermeister Brandl antwortet, dass sich 16 Personen angemeldet haben und für die Fahrt ein Bus organisiert ist.

10.2 Anfragen von Stefan Beckenbauer - Fußweg hinter Stadtschloss und Geschwindigkeitsmessung im Hirtenweg in Rauenzell

Sachverhalt:

Herr Beckenbauer teilt mit, dass der Fußweg hinter dem Stadtschloss in Richtung Bahnhofstraße zum Teil neu geschottert wurde. Er fragt an, ob der restliche Teil des Weges auch noch geschottert wird. Die Verwaltung sagt zu, dass der Bauhof die Aufschotterung noch durchführen wird.

Bereits in der Sitzung am 16.12.2015 hat Herr Beckenbauer angefragt, ob das Geschwindigkeitsmessgerät im Hirtenweg aufgestellt werden kann. Herr Brandl sagt zu, dass dies in Kürze erfolgen soll. Es werden auch mobile Fahrbahnverengungen angebracht.

10.3 Anfrage von Curt Bauer - Sicherheit am Weihnachtsmarkt

Sachverhalt:

Herr Bauer fragt wegen Sicherheitsbedenken am Herrieder Weihnachtsmarkt an. Gab es einen zweiten Fluchtweg? Bürgermeister Brandl antwortet, dass sich die Verwaltung darum gekümmert hat und ein zweiter Fluchtweg vorhanden war.

10.4 Anfrage von Max Heller - Hochschule Ansbach

Sachverhalt:

Herr Heller teilt mit, dass Schüler der Hochschule Ansbach ein Konzept zur Optimierung des Wertstoffhofes erarbeitet haben. Er fragt an, wann dies bekannt gegeben wird.

10.5 Anfrage von Aurelia Pelka - Protokolle des BUL-Ausschusses

Sachverhalt:

Frau Pelka fragt an, ob die Protokolle der BUL-Ausschuss-Sitzungen im Ratsinformationssystem (RIS) öffentlich zugänglich gemacht werden können. Die Verwaltung teilt mit, dass das längst so sein sollte und prüft dies.

10.6 Anfrage von Johann Heller - Zone 30 in der Schlesierstraße

Sachverhalt:

Laut Aussage von Herrn Heller sind in einer Zone 30 keine zusätzlichen Fahrbahnverengungen und weitere Verkehrsregelungen notwendig. Dies ist durch Zone 30 eingeschlossen.

11. Bürgeranfragen

Sachverhalt:

Es wird keine Bürgeranfrage gestellt.



**Alfons Brandl
Erster Bürgermeister**



**Renate Nepovedomy
Schriftführerin**